Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreis: die neunmal zeilenlange Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den breispaltigen Text einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur wochentags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,20 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17 250. Postscheckkonto: Dresden 18 600. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 9. Dezember 1930 — Nummer 286

Faschistische Gehaltsräuber in Sachsen

Diktaturkabinett Schieck verordnet sechsprozentigen Gehaltsraub für alle Beamten / Untere und mittlere Beamte aller Dienststellen! Hinein in die Kampffront gegen faschistische Diktatur! Kommunismus führt aus der Katastrophe!

Dresden, den 9. Dezember.

Die „Sächsische Staatszeitung", das offizielle Organ des faschistischen Diktaturkabinetts Schieck, teilt mit:

„Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten hat das sächsische Gesamtministerium unter dem 8. Dezember 1930 in engster Anlehnung an die für die Reichsbeamten getroffene Regelung für Sachsen bestimmt, daß die Dienstbezüge der Beamten des Staates und der Gemeinden, der Lehrer und der Beamten der unter Staatsaufsicht stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts vom 1. Februar 1931 ab um 6 v. H. gekürzt werden.

Das gleiche gilt für die Versorgungsbezüge der Beamten im Ruhestande und der Hinterbliebenen. Personen mit einem Einkommen unter 1500 RM jährlich sind von der Kürzung befreit. Die Dienstbezüge und Dienstaufwandsentschädigungen der Minister werden nicht nur um 6 v. H., sondern um 20 v. H. gekürzt. Die sächsischen Minister haben übrigens bereits vom 1. Oktober ab auf diesen Teil ihres Gehaltes freiwillig verzichtet."

Dieses Diktaturkabinett Schieck, das den ungeheuerlichen Raubzug an den Gehältern der unteren und mittleren Beamtenmassen für den 1. Februar dekretiert, zeigt damit wieder, daß es eben ein faschistisches Kabinett, ein rücksichtsloses und brutales Instrument der Trustgewaltigen gegen die notleidenden Volksmassen ist. Dieses von den Nationalsozialisten mitgewählte sogenannte Beamtenkabinett unterscheidet sich in nichts von der faschistischen Reichsregierung, die von den Sozialdemokraten unterstützt wird. Der untere Beamte mit einem Monatsgehalt von 150 RM muß ebenso wie der Ministerialdirektor mit 1500 RM 6 Prozent von seinem Hungergehalt abgeben. Dazu kommt, daß z. B. der sächsische Gesandte in Berlin, Gradnauer, für Repräsentationszwecke 49 600 RM zur Verfügung hat, die nicht gekürzt werden. Dieser Gehaltsraub ist ein ebensolches Verbrechen an den Beamtenmassen wie die brutale Lohnabbauoffensive der Kapitalisten. Bei der Verkündung seines Diktaturprogramms erklärte Brüning, daß die Gehaltssenkung richtunggebend sei für die Privatindustrie. Die Regierungen, sich stützend auf die bewaffnete Gewalt, für die immer weitere Millionen ausgegeben werden, rauben den hungernden Massen das letzte Stück Brot.

In einer solchen Situation haben die Beamtengewerkschaften nichts getan, um eine Kampffront gegen den Gehaltsraub zu organisieren. Im Gegenteil. Der Deutsche Beamten-Bund hat, genau so wie die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, davon geredet, „daß die Beamtenschaft Verständnis für die Finanzlage des Staates habe, aber daß sie auch die Durchführung einer Preissenkung erwarten" müsse. Die Beamtenschaft muß erkürzungspolitik entschlossen aufnehmen. Die Kommunisten kennen, daß es gegen den Gehaltsraub nur ein Mittel gibt, das ist eine entschlossene, einmütige Kampffront aller unteren und mittleren Beamten mit den Angestellten und Arbeitern gegen die Lohn- und Gehaltsräuber. Auf allen Dienststellen muß sofort zu den konkreten Kampfmaßnahmen Stellung genommen werden. Auf jeder Dienststelle gilt es, einen Beschluß zu fassen, daß die Beamten den Kampf gegen diese Gehaltspolitik und die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition rufen zu einem Massenkampf gegen den faschistischen Diktaturkurs und seine Helfershelfer auf. In allen Orten werden **Aktionsausschüsse der werktätigen Volksmassen gebildet.** In diesen müssen die Delegierten der Beamten vertreten sein. Wenn sie alle die von der Gewerkschaftsbürokratie aus dem DBB und dem ADB genährten Illusionen und Hoffnungen auf die Regierung entschlossen bekämpfen und die Ueberzeugung in der gesamten Beamtenschaft wecken, daß es nur möglich ist in einheitlicher Kampffront mit den übrigen Werktätigen durch einen Massensturm dem faschistischen Hungerkurs ein Ende zu bereiten, ist die Voraussetzung geschaffen für eine Besserung der Lebensbedingungen auch der Beamtenmassen. Solange das kapitalistische Regime am Ruder ist, wird der faschistische Diktaturkurs die Hungerkatastrophe verschärfen. Deshalb gilt es für die Beamtenschaft wie für die gesamten Werktätigen in Stadt und Land: Her zu uns! Hinein in den roten Kampfbund gegen den Faschismus! Nur der Kommunismus, die Sowjetherrschaft, ist ein Ausweg aus der Katastrophe.

Stärkt die Streikfront der Taxifahrer

Reformistische Abwürgungsvorschläge — Droschkenbesitzer demonstrieren ihre Schwäche SPD und Nazis gegen streikende Kollegen — Streikhelferfront wächst Alles für den Sieg der Streikenden

Dresden, 9. Dezember.

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie macht jetzt Versuche, den Streik der Taxifahrer abzuwürgen. Bräuer erklärte gestern in einer Versammlung des größten Betriebes vor der Belegschaft der Firma Pfütze: Obgleich er gegen die Prozente sei, werden sich die Taxifahrer wahrscheinlich doch zu einem solchen Abschluß mit den Unternehmern bequemen müssen. Er habe sich eine Rechnung gemacht, nach der die Kollegen 43 Mark verdienen können. Das, was die RGO von Anfang an betonte, tritt jetzt ein. Dieser Vorschlag des Reformisten Bräuer ist der erste konkrete Versuch zur Abwürgung des Kampfes.

Der Stadtrat Köppen erklärte, daß die Unternehmer auf keinen Fall nachgeben würden. Deswegen beeilt sich Bräuer, den größten Betrieb aus der Kampffront herauszuholen, um die kämpfenden Chauffeure in eine Niederlage zu führen. Daß die Behörden, um den Unternehmern zu helfen, ihre eigenen Bestimmungen über den Haufen werfen, beweist die Genehmigung zur Besetzung der Wagen mit zwei Fahrern durch den Oberregierungsrat Busch. Zur Unterstützung der Kapitalisten ist eine Außerkraftsetzung selbst der zur Sicherung des öffentlichen Verkehrs herausgegebenen Bestimmungen nichts Ungewöhnliches. Die Arbeiter aber können sehen, wie die Behörden alles daransetzen, die Unternehmer zu unterstützen.

Die Droschkenbesitzer hatten gestern eine Demonstration organisiert. Mit 38 Wracks, zertrümmerten Wagen, kamen sie vor dem Polizeipräsidium angerumpelt, um hier zu zeigen, welch eine schwächliche und klägliche Position sie gegenüber den kämpfenden Taxifahrern und den sie unterstützenden Massenstreikposten der Erwerbslosen haben.

Die Chauffeure traten gestern wiederum zu einer Versammlung der RGO zusammen. Ihre Kampfstimmung ist eine glänzende. Mit Siegeszuversicht wird der Kampf fortgeführt. Sehen doch die Taxifahrer, daß täglich neue Kräfte zur Unterstützung ihres berechtigten Kampfes gegen den Lohnraub zu ihnen stoßen.

•

Sofort nach Ausbruch des Kraftdroschkenführerstreiks stellte die kommunistische Stadtverordnetenfraktion folgenden Antrag:

„Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, den streikenden Taxichauffeuren Beihilfen durch Lieferung von Kohlen, Zahlung der Gas- und Stromrechnungen und Uebernahme der fälligen Mieten zu gewähren."

Dieser Antrag stand nun als Punkt 62 auf der Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetensitzung. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion verlangte mit allem Nachdruck die Beratung des Antrages. Die Beratung wurde jedoch in Einheitsfront von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt. Aus dieser Stellungnahme der SPD ersieht man wieder einmal, daß das Geschrei der Sozialdemokraten vom Kampf gegen Lohnraub einen elenden Betrug an den Arbeitern darstellt. Würde den Sozialdemokraten es ernst sein mit der Unterstützung des Streiks der Taxichauffeure, so hätten sie unter allen Umständen für den Antrag der Kommunisten stimmen und den Streikenden Beihilfen gewähr müssen. Die RGO und die KPD werden dieses Verhalten der SPD in aller Oeffentlichkeit anprangern und dafür sorgen, daß die Dresdner Taxifahrer erkennen, daß nur die KPD ihren Streik mit allen Mitteln unterstützt und daß es Aufgabe der Taxichauffeure ist, nicht mehr länger der verräterischen SPD zu folgen, sondern sich der RGO und der KPD anzuschließen.

Das Verhalten der Nazis, die einmal schrien, „Generalstreik gegen Young", zeigt, wie diese Burschen abgefeimte Volksbetrüger sind, die in Wirklichkeit dieselbe Politik treiben wie die SPD.

Im übrigen steht die Streikfront nach wie vor fest. Die Versuche einzelner Taxiunternehmer, ihre Wagen in Betrieb zu stellen, wurden vereitelt. Auf den Streikbüros der RGO melden sich jeden Tag neue Erwerbslose, die bereit sind, mit den Streikenden gemeinsam Streikposten zu stehen, so daß es den Unternehmern unmöglich ist, Streikbrecher zu dingen.

Die schändliche Haltung der SPD im Stadtparlament verpflichtet die Arbeiterschaft zu stärkster Solidarität mit den Streikenden. Ueberall müssen die Sammlungen organisiert werden und am Freitag da muß die Parole der Dresdner Arbeiter sein:

Einen Stundenlohn für die streikenden Taxifahrer!

Die KPD ruft die Massen

Zerschmettert die faschistische Diktatur

Am Sonnabend, vor Eintritt in die Abstimmung, gab Gen. Stoecker namens der kommunistischen Fraktion folgende Erklärung ab:

„Die Abstimmung über die Artikel-48-Gesetze der Volksausplünderung dient lediglich der Verschleierung der faschistischen Diktatur. Im Programm der Brüning-Regierung sind alle wesentlichen Forderungen des deutschen Finanzkapitals zur Ausplünderung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes enthalten. Durch diese faschistische Diktatur will das Finanzkapital seine Herrschaft retten und den Verfaulungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft aufhalten. Die Zustimmung der Großen Koalition von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten im Reichsrat zeigt die Rolle dieser Parteien als Stützen des Finanzkapitals. Wenn die Vertreter der Nazis die Aufhebung der Notverordnung verlangen, so bedeutet das angesichts der Zustimmung ihrer Vertreter im Reichsrat nur ein demagogisches Manöver. Die Erklärung der Sozialdemokratie zeigt dem gesamten arbeitenden Volke, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu einem Instrument der faschistischen Diktatur geworden ist.

Für das arbeitende Volk, für die Millionen Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, Angestellte, Kleingewerbetreibende schaffenden Bauern bedeutet die faschistische Diktatur den Weg zur Hungerkatastrophe. Für das arbeitende Volk gibt es nur einen Ausweg: das ist der Sturz der faschistischen Diktatur, das ist die Organisierung der Volksrevolution gegen die drohende Hungerkatastrophe, das ist der siegreiche Kampf um ein Sowjetdeutschland.

Die Kommunistische Partei ruft die werktätigen Massen auf, die Einheitsfront zum Kampf gegen die faschistische Diktatur zu bilden, überall Aktionsausschüsse zum Kampf gegen die faschistische Diktatur zu wählen und zum politischen Massenstreik im Kampfe gegen den Faschismus zu rüsten."

Die Kommunistische Partei ruft Dich!

Gegen faschistische Diktatur u. Polizeiterror

2 Massenkundgebungen im Reichsbanner u. Annensäle
Heute Dienstag, den 9. Dezember 1930, abends 8 Uhr
Referenten: Gen. Kurt Sindermann, Ewald Blau
Unkostenbeitrag 20 Pfennig. Erwerbslose 10 Pfennig